

Sprache wie aus der Gosse

Antisemitismus: „Wiederholen macht nichts richtig“, FR-Meinung vom 23.12.

Liebe Frau Thorwarth, das Ergebnis gleich vorwegnehmend: Ich schätze Ihre Kolumnen sehr! Und dies gilt auch für diese Kolumne. Ihre Analyse von Lisa Fitz ist meines Erachtens sehr zutreffend. Dies betrifft sowohl ihre oft der Gossensprache entnommene Ausdrucksweise („Scheißberg des Teufels Dollar“) als auch ihr Verhältnis zur Kollegialität gegenüber den KollegInnen in der Zunft der Kabarettisten („systemimmanente Hofnarren“). Von dem kaum verhohlenen Antisemitismus ganz zu schweigen – welcher von Frau Fitz abgestritten werden dürfte.

Noch eine Randbemerkung. Lisa Fitz stammt aus Stockdorf, Gemeinde Gauting bei München. Sie erinnern sich? Richtig, das Coronavirus erschien dort das erste Mal hierzulande! Auch ich lebte etwa zwei Jahrzehnte in diesem Ort. Der „Fitz-Clan“ war dafür bekannt, zu glauben, das Schauspielertalent sei in ihrem Clan seit Generationen genetisch manifestiert.

Peter Leiß, Berlin

Frieden auf der Welt

Zu: „Biden telefoniert mit Putin“, FR-Politik vom 31. Dezember

Liebe Leute, alle Welt jammert, was denn mit Russland und der Nato zu machen wäre. Ich hätte da einen ganz einfachen Vorschlag zu machen, der vielen Menschen auf der Welt sofort und unwiederbringlich den Frieden bringt: Sagt mal der Annalena, sie solle dem Biden und dem Putin vorschlagen, gemeinsam in der Nato für Frieden auf der Welt zu werben. Sie würden auch beide den Friedensnobelpreis bekommen. Da lachen wieder alle. Und so soll es ja auch sein.

Alle anderen Konflikte – bis auf die der bekloppten Islam-Männer – sind glaube ich lösbar. Aber das wird nur eine Frage der Zeit und des Willens der Frauen sein.

Peter Hinterland-Datz, Frankfurt

SORRY

In einer Meldung vom 30. Dezember (Seite 19) haben wir die NFL-Trainerlegende Madden umgetauft. In der Überschrift heißt er Tim. Richtig ist der Vorname, der in der Meldung genannt wird: John.

Es mag viele Gründe geben, den 1. Januar gut zu finden. Ein paar haben wir im FR7 aufgezählt (31.12., Seite 11). Der siebte Grund greift aber leider nicht: Der 1. Januar 2023 wird auf einen Sonntag fallen, nicht auf einen Freitag. Von wegen langes Wochenende!



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220103

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Aktuelle Informationen zu möglicher Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Teilnahme per Video unter fr.de/hebelstunde
Donnerstag, 13. Januar, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Thomas Flierl, Ex-Kultursenator von Berlin, über seine Forschung zur Architektur Margarete Schütte-Lihotzky. Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Per Video: club-voltaire.de/video
Montag, 17. Januar 2022, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Die Nato trägt zur Eskalation bei

Interview mit Christoph Heusgen zum Ukraine-Konflikt: „Das ist reine Propaganda“, FR-Politik vom 28. Dezember

Der Westen muss vor der eigenen Tür kehren

Heusgens Plan, Nord Stream 2 zu Sanktionen gegen Putin einzusetzen, würde zum Bumerang, nicht nur wegen des steigenden Gaspreises. Für eine Klima rettende Transformation der Energieversorgung werden bei Windflauten und an Wolkentagen eine Menge Gaskraftwerke nötig bleiben. Auch wenn es die macht- und profitgierige US-Regierung ärgert, muss sie einsehen, dass wir nicht dreckigstes US-Frackinggas russischem Gas vorziehen können. Den atomkraftfixierten Freunden in Frankreich, deren Atomkraftlobby das Projekt Wüstenstrom aus Angst vor billiger Konkurrenz stoppte, ist bewusst zu machen, wie wir zu echt grüner Energie kommen, und dass eine Abhängigkeit von ihrem Atomstrom für uns keine Lösung ist. Erst wenn etwa Wüstenstrom rund um die Uhr verfügbar ist, mag ein Gasboykott sinnvoll werden. Bis dahin ist, statt militärisch zu drohen, mit Russland Handel zu treiben.

Deutschland muss wegen seiner Geschichte und seiner Verfassung vormachen, wie Russlands Sicherheitsinteresse dem unseren gleichwertig in einem „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ gewahrt wird (Art 24 GG). Sanktionen seitens der Nato als System kollektiven Faustrechts werden dadurch überflüssig, ebenso noch mehr Militärausgaben. Der Westen muss vor der eigenen Tür kehren und den Balken im eigenen Auge sehen lernen (Mt 7,1-5). Wahltaktik hindert Ministerin Baerbock daran, das Projekt Nord Stream 2 als Teil einer außenpolitischen, energiepolitischen und sicherheitspolitischen Problemlösung anzusehen.

Friedrich Gehring, Backnang

Ein kurzer Blick auf illegale Aktionen der USA

Ich möchte auf einen Punkt des Interviews mit Christoph Heusgen eingehen, dem ehemaligen Sicherheitsberater von Merkel

und künftigem Chef der Münchener Sicherheitskonferenz. Es scheint mir schon besonders süffisant zu sein, wenn Heusgen davon spricht, dass Putin in seiner eigenen, nostalgischen Welt lebe, in der internationales Recht kein Maßstab sei. Heusgen meint damit wohl, dass die Einhaltung der Maßstäbe des Völkerrechts für den Westen eine besondere Bedeutung hätte. In der UNO-Charta von 1945 wird grundlegend ein Gewaltverbot definiert: „Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel bei.“

Ein kurzer Blick auf illegale Kriege und Aktionen des Westens und insbesondere der USA gegen andere Länder in den letzten 70 Jahren scheint mir zur Beurteilung insgesamt nützlich zu sein. 1953, Iran: Der demokratisch gewählte Premierminister Mossadegh wird von CIA und MI6 wegen der Kontrolle über das iranische Erdöl gestürzt. 1961, Kuba: Die USA versuchen mit einer Invasion in der Schweinebucht Fidel Castro zu stürzen. 1964, Vietnam: Unter dem Vorwand, von Nordvietnam angegriffen worden zu sein, wird Krieg gegen Vietnam geführt. Ergebnis: Drei Millionen tote Vietnamesen und 58.000 tote amerikanische Soldaten. 1973, Chile: Die amerikanische Regierung stürzt mit Hilfe der CIA und dem chilenischen Militär den demokratisch gewählten, sozialistischen Präsidenten Allende. 1989, Panama: Bush sen. lässt Panama angreifen und stürzt Manuel Noriega. 1999, Serbien: Ohne UNO-Mandat wird Serbien am 24. März von verschiedenen NATO-Ländern angegriffen, darunter auch von Deutschland. 2003, Irak: Angriff der USA und Großbritanniens mit der Lüge der angeblichen irakischen ABC-Waffen. 2015, Jemen: Saudi-Arabien greift ohne UNO-Mandat an, unterstützt durch USA, Frankreich und Großbritannien.

Die ideologische Grundlage für diese Kriegspolitik der USA lässt sich mit deren Staatsdoktrin, dem amerikanischen Exzeptionalismus, erklären. Dieser

sei eine nationalistische Ideologie, die auf dem Postulat basiere, dass die USA eine Sonderstellung gegenüber allen anderen Nationen einnehmen (Wikipedia). In seiner Rede am 28. Mai 2014 vor der Militärakademie West Point unterstreicht Barack Obama dies ausdrücklich: „Ich glaube an den amerikanischen Exzeptionalismus mit jeder Faser meines Seins. Aber was uns außergewöhnlich macht, ist nicht unsere Fähigkeit, internationale Normen und die Rechtsstaatlichkeit zu missachten; es ist unsere Bereitschaft sie durch unsere Handlungen zu bestätigen.“

Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

Russlands Positionen werden ignoriert

Die kontinuierliche Eskalation zwischen Nato und Russland ist beunruhigend: Immer wird noch etwas draufgesetzt – aber vor allem von uns die andere Seite nicht ernst genommen! Jetzt heißt es wieder: „unerfüllbare Maximalforderungen“ seitens Russlands! Na und? Nicht mal von den Gewerkschaften werden von Anfang an realistische Forderungen gestellt. Immerhin ist doch jetzt mal klar, was Putin will bzw. in welche Richtung es aus seiner Sicht gehen sollte. Wie wäre es mit Gegenvorschlägen, die tatsächlich mal die Interessen beider Seiten im Blick haben? Runter vom hohen moralischen Ross.

Mich nervt schon seit 2014, als es darum ging, auf welche Seite sich die Ukraine schlagen wollte, dass die Bedenken und Befürchtungen Russlands systematisch unter den Tisch gekehrt wurden. Auch die Drohgebärden der Nato – wie mit den riesigen Manövern rund um Russlands Grenzen in diesem Jahr, jetzt wieder die beschleunigte Bereitschaft der schnellen Eingreiftruppe. All das trägt bei zur Eskalation, nicht zur Befriedung. Meine Forderung: Zurück zur Politik von Willy Brandt und Egon Bahr!

Barbara Erben-Wunder, Hamburg

Diskussion: frblog.de/heusgen

Geistige Nähe ist nicht zu leugnen

Sitzordnung im neuen Bundestag: „Es muss nicht alles Ampel werden“, FR-Politik vom 27. Dezember

Die CDU/CSU-Fraktion fühlt sich auf Grund der neuen Sitzordnung im Bundestag nicht wohl. Sie scheint vergessen zu haben, dass nicht Alexander Gauland (früher CDU, heute AfD) als erster Parlamentarier 2017 die zwölf Jahre Nazi-Diktatur vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte als „Vogelschiss“ bezeichnet hat. Sein ehemaliger Parteifreund, hessischer CDU-Vorsitzender, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender und vor 1945 NSDAP-Mitglied Alfred Dregger sagte bereits 1982 Ähnliches: „Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten – wir müssen normal werden. Die Geschichte unseres Volkes hat nicht nur zwölf, sie hat 1200 Jahre betragen. Die Zukunft ist offen, und wir sind frei.“ (FR vom 26.2.1982). Im

Klartext: Schlussstrich! Mir ist nicht bekannt, dass damals aus CDU und CSU ein Aufschrei der Entrüstung gegen diese ungeheuerliche Verharmlosung erfolgt ist.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass vor allem Politiker von CDU, CSU und FDP in den 1960er Jahren für die Verjährung von Mord nach 20 Jahren eintraten, von der damals auch die vielen untergetauchten oder noch nicht ermittelten NS-Täter profitiert hätten. Wohl kein Zufall, gehörten doch in den ersten Bundestagslegislaturen im Vergleich zur SPD-Fraktion mehr ehemalige Mitglieder der NSDAP den Fraktionen von CDU/CSU und FDP an. Glücklicherweise ist die Verjährung von Mord abgeschafft worden. Auch der wiederholte Ruf nach Wiedereinführung

der vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Dritten Reiches abgeschafften Todesstrafe Jahren kam in den 1950er und 60er aus der Christen-Union. Prominentester Befürworter: Richard Jaeger (1933 Eintritt in die SA, nach 1945 CSU-Mitglied, u.a. Bundesjustizminister 1965–66), der deshalb „Kopf-ab-Jaeger“ genannt wurde. Besonders pikant: 1951 setzte sich Jaeger für die Begnadigung von verurteilten NS-Kriegsverbrechern ein, von 1984–1990 war der Todesstrafebefürworter Jaeger Leiter der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Weitgehend Unverständnis für diese Entscheidung von Kanzler Kohl. Allerdings kein Aufschrei aus CDU und CSU!

Bernhard Erkelenz, Solingen